



Info Dienst Nr. 12 / 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

der überraschende Rücktritt des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler birgt bei aller Schwierigkeit auch neue Chancen. Der SPD kommt es darauf an, einen überparteilichen und respektierten Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidenten zu finden, der über die Lager hinweg Orientierung zu geben, Hoffnung zu wecken und Vertrauen wiederzugewinnen vermag. Wir haben der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel mehrfach angeboten, einen gemeinsamen Kandidaten zu unterstützen. Sie hatte aber offenbar weder den politischen Willen noch das Durchsetzungsvermögen in ihrer eigenen Partei, diesen Weg zu gehen. Wir haben deshalb in enger Abstimmung mit Bündnis 90 / Die Grünen Joachim Gauck als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen. Er bezeichnet sich selbst als linker, liberaler Konservativer. Einer Partei gehört er nicht an und er schuldet keinem politischen Lager Gefolgschaft. Er spricht offen und öffnet dadurch die Auseinandersetzung über unsere Zukunft. Er vereint in seiner Person die Unabhängigkeit, die Integrität, die Lebenserfahrung und die intellektuelle Kraft, um unserer Demokratie neues Selbstvertrauen zu geben und die Institution des höchsten Staatsamtes zu stärken.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Das Sparpaket der Bundesregierung: Angriff auf das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen
2. Wahl des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin am 30.06.2010
3. Für einen nationalen Bildungspakt
4. Langfristige Perspektive statt dauerhafter Befristung
5. Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke nicht ohne Bundesrat durchsetzbar
6. Evaluierung der deutschen Beteiligung an ISAF und des Engagements für den Wiederaufbau Afghanistans seit 2001
7. Im Blickpunkt

1. Das Sparpaket der Bundesregierung: Angriff auf das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat am Montag dieser Woche ihr Sparprogramm vorgestellt. Als Meilenstein angekündigt, sollte es die Handlungsfähigkeit der Koalition signalisieren - das Ergebnis ist jedoch verheerend. Die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise werden so gut

wie nicht zur Kasse gebeten: eine direkte Umsetzung der Finanztransaktionssteuer sieht die Regierung Merkel nicht vor. Stattdessen bittet Schwarz-Gelb vor allem Familien und Arbeitslose zur Kasse. Aber auch Studierende und Rentnerinnen und Rentner spüren die Auswirkungen: Menschen mit keinem oder geringem Einkommen werden keinen Heizkostenzuschlag mehr zu ihrem Wohngeld erhalten. Arbeitslosen wird außerdem der Zuschuss für die Rentenversicherung gestrichen. Von Sparen kann da aber keine Rede sein, da das Problem nur auf die Zukunft verschoben wird. Wenn jetzt kein Geld in die Rentenkasse eingezahlt wird, werden die jetzigen Arbeitssuchenden und späteren Rentner ihr Geld zwar nicht aus der Rentenkasse, dafür aber aus der Sozialkasse in Form der Grundsicherung erhalten. Das jetzt eingesparte Geld muss somit in der Zukunft dennoch ausgegeben werden, zusätzlich werden Arbeitslose weiter stigmatisiert.

Das von der SPD eingeführte Übergangsgeld von ALG I zu ALG II wird ebenso abgeschafft. Im ersten Jahr des ALG-II-Bezugs lag der Zuschuss zum Regelsatz bei Alleinstehenden bei bis zu 160, bei nicht getrennt lebenden (Ehe-)Partnern insgesamt bei 320 Euro. Menschen, die im ersten Jahr ihrer Arbeitslosigkeit (ALG I) nicht direkt einen Job gefunden haben, mussten somit nicht direkt radikal ihre Lebensgewohnheiten ändern.

Auch Familien mit niedrigem und mittlerem Einkommen müssen mit Einschnitten rechnen, da die Bezugsgröße des Elterngelds verkleinert werden soll. Gewinner bleiben aber die Bezieher höherer Einkommen: Die Obergrenze von maximal 1.800 Euro für das Elterngeld bleibt unberührt. Wohlhabende haben von Schwarz-Gelb generell nichts zu befürchten: Der Spitzensteuersatz wird nicht erhöht. Auch unnötige Steuersubventionen, wie der verminderte Mehrwertsteuersatz für Hoteliers, werden nicht abgeschafft.

Im „Konzept“ der Bundesregierung ist zu lesen, dass die Finanzmarktbranche angemessen an den Kosten der Krise zu beteiligen sei. Ein genauer Blick lässt jedoch anderes vermuten: so ist von einer Bankenabgabe die Rede, die dem Fiskus Einnahmen von nur 2 Mrd. Euro ermöglichen soll. Zum Vergleich: In den Jahren 2010 bis 2014 sollen über 30 Mrd. Euro im Sozialbereich eingespart werden. Eine von der SPD geforderte Finanztransaktionssteuer, die Spekulationen - nicht aber das einfache Sparen - verteuert, würde pro Jahr bis zu 20 Mrd. Euro für den Staat generieren.

Zur Erläuterung

Das Sparpaket im Einzelnen:

Streichung der Ausgleichszahlungen für Erwerbslose beim Übergang vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II. Auch wer Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, wird nach kurzer Zeit genauso gestellt, als wäre nie eingezahlt worden.

Der Rentenversicherungsbeitrag für Arbeitslosengeld-II-Empfänger soll entfallen. Diese Kürzung führt zu mehr Altersarmut. Gleichzeitig steigen die Kosten für die Kommunen, weil sie für die Grundsicherung von Menschen mit zu niedriger Rente aufkommen müssen.

Der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger soll wegfallen. Dies trifft Geringverdiener, die bislang noch nicht mit Arbeitslosengeld II aufstocken müssen.

Streichung des Elterngeldes für Arbeitslosengeld- II-Empfänger (500 Millionen Euro). Das wird gerade die Familien treffen, die ohnehin am wenigsten haben. Denn nach den Plänen der Bundesregierung soll der alleinerziehenden Arbeitslosengeld-II-Empfängerin das Elterngeld gestrichen werden, der Hausfrau mit gut verdienendem Ehemann aber nicht.

Die Lohnersatzleistung beim Elterngeld wird von 67 % auf 65 % gesenkt. Schwarz-Gelb stellt damit das moderne Konzept des Elterngeldes infrage, das Sozialdemokraten entwickelt und durchgesetzt haben. Die Kürzung der Lohnersatzleistung – die im internationalen Vergleich ohnehin schon schwach ist – wird dazu führen, dass wieder weniger Väter in Elternzeit gehen.

Auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sollen einen Teil der Zeche zahlen. Schwarz-Gelb will bis 2014 mehr als 10.000 Stellen dauerhaft streichen. Darüber hinaus wird bei den Beamten das Weihnachtsgeld gekürzt.

Die Verursacher der Finanzkrise und die Vermögenden werden geschont.

Beispiel Bankenabgabe: Schwarz-Gelb täuscht die Bevölkerung, dass sie mit einer Bankenabgabe die Finanzbranche „angemessen an den Kosten der Krise“ beteiligen würde. Die Einführung ist seit Monaten beschlossen, konkret passiert ist aber bisher nichts. Selbst wenn die Regierung jetzt ernst machen sollte: Die geplante Bankenabgabe käme dem Bundeshaushalt gar nicht zugute. Sie soll in einen Sicherungsfonds der Banken fließen, um die Finanzbranche an den Schäden zukünftiger Krisen zu beteiligen. Mit Haushaltskonsolidierung und der Beteiligung an den Schäden der heutigen Finanzkrise hat das aber nichts zu tun.

Beispiel Finanzmarkttransaktionssteuer: Schwarz-Gelb ergreift auch keine Maßnahmen für eine wirksame Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen. Angela Merkel behauptet zwar immer wieder, sie wolle sich für eine Finanzmarkttransaktionssteuer auf internationaler Ebene einsetzen. Eine klare Formulierung für die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer hat sie auf europäischer Ebene jedoch verhindert. Auch im Haushaltspaket der Bundesregierung taucht sie nicht auf.

Beispiel Vermögende: Das Paket der Bundesregierung enthält keinen einzigen Vorschlag für eine stärkere Besteuerung von Spitzenverdienern, großer Erbschaften sowie Millionen- Vermögen. Und das obwohl Deutschland in der Vermögensbesteuerung bereits heute deutlich hinter anderen Industrienationen wie den USA, Großbritannien oder Frankreich hinterherhinkt.

Statt einen Lastenausgleich in der Gesellschaft sicherzustellen, baut die Bundesregierung lieber viele Luftschlösser. Haushaltskonsolidierung erfolgt vielfach nach dem Prinzip Hoffnung.

Beispiel Brennelementesteuer für Atomkraftwerke: Die Energie-Konzerne sollen einen Teil der Zusatzgewinne, die bei längeren Atomlaufzeiten eingenommen werden, abführen. Konkret aber nur 2,3 Milliarden Euro. Dabei könnten laut einer Studie der Landesbank Baden-Württemberg die Atomkonzerne Zusatzerlöse von über 200 Mrd. Euro erzielen, falls die AKW 25 Jahre länger laufen dürften. Mal ganz abgesehen von den Zusatzkosten, die für dem Staat entstehen, wenn weiterhin radioaktiver Müll produziert wird. Ob die Brennelementesteuer auch ohne Laufzeitverlängerung kommt, ist völlig offen.

Beispiel Deutsche Bahn: Die geplante Dividendenzahlung von 500 Millionen Euro der Deutschen Bahn an den Bundeshaushalt wird letztlich der Bürger zahlen – über höhere Preise, schlechtere Qualität oder niedrigere Löhne bei der Bahn.

Beispiel Bundeswehr: Eine „Streitkräftereform“ soll ab 2013 Einsparbeträge in Milliardenhöhe einbringen. Ein Konzept für eine Reform der Bundeswehr gibt es aber noch nicht einmal in Grundzügen. Stattdessen streitet die Koalition darüber, ob man sich nicht die Wehrpflicht „sparen“ soll. Mit verantwortlicher Sicherheitspolitik hat das nichts zu tun.

Beispiel Luftverkehrsabgabe: Auch zu der angekündigten „Luftverkehrsabgabe“ gibt es noch überhaupt keine Konzeption. Bisher hat das Thema lediglich zu Streit zwischen den beteiligten Ministerien geführt.

Beispiel Bundesagentur für Arbeit: Bei der Arbeitsvermittlung von Grundsicherungsempfängern soll es zu Milliardenersparungen durch „Effizienzverbesserungen“ kommen. Es ist völlig unklar, wie das konkret erfolgen soll.

Die Regierung hat keinen Ansatz vorgelegt, um kommunale und private Investitionen zu stärken, damit Arbeitsplätze vor Ort gesichert werden.

Die Bundesagentur für Arbeit soll in Zukunft über den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente entscheiden. Dazu sollen Pflichtleistungen in Ermessensleistungen umgewandelt werden. Wenn damit Einsparungen erzielt werden sollen, heißt das aber nichts anderes als: Die Arbeitsförderung wird damit massiv zusammengestrichen. Von der SPD auf den Weg gebrachte Maßnahmen wie der Ausbildungsbonus oder der Hauptschulabschluss für benachteiligte

Jugendliche werden ebenso wegefallen wie Weiterbildungsmaßnahmen. Damit wird die Brücke von der Arbeitslosigkeit zur Arbeit gekappt. Die Bundesregierung verabschiedet sich von dem Anspruch, Arbeitsförderung zu lenken und zu gestalten.

Unsere Alternative: Das Gemeinwohl schützen durch einen fairen Lastenausgleich

Wir brauchen eine neue wirtschaftliche und soziale Ordnung für Deutschland und Europa. Das ist die Debatte, die wir jetzt führen müssen und vor der sich Union und FDP drücken. Intelligente Haushaltskonsolidierung ist notwendig. Hierfür gibt es zwei Wege:

1. Wir brauchen eine koordinierte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, die zur Stärkung der Konjunktur beiträgt und so zu mehr Beschäftigung, Steuereinnahmen und zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme führt. Fantasielose Sparpolitik zu Lasten von Arbeitslosen, Arbeitnehmern, Familien und von Bildungsinvestitionen allein würgt die Konjunktur zusätzlich ab und verschärft die Krise.

2. Zweitens sind strukturelle Reformen nötig, um die aus den Fugen geratene Wirtschafts- und Sozialordnung wieder in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen. Um angesichts der großen Herausforderungen in unserem Land das Gemeinwohl zu sichern, brauchen wir einen fairen Lastenausgleich und damit einen echten Beitrag der Finanzbranchen und der Vermögenden zur Bewältigung der Lasten der Krise. Vorschläge dafür liegen auf dem Tisch und sind berechnet:

- Eine Finanztransaktionssteuer, mit der vor allem spekulative Börsengeschäfte besteuert würden: 14 bis 30 Milliarden Euro je nach Ausgestaltung.
- Die Rücknahme der Steuersenkungen für Hoteliers und Gutbetuchte: 3,5 Milliarden Euro.
- Eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen: mindestens 10 Milliarden Euro.
- Ein höherer Spitzensteuersatz: bis zu sieben Milliarden Euro.
- Und: Schon ein flächendeckender Mindestlohn von 7,50 Euro würde den Staatshaushalt um 1,5 Milliarden Euro entlasten, weil Dumpinglöhne nicht mehr aus Steuermitteln aufgestockt werden müssten. Die Sozialversicherungen würden außerdem über vier Milliarden Euro Mehreinnahmen verbuchen.

Es gibt einen sozial gerechten und wirtschaftlich vernünftigen Weg, den Haushalt zu konsolidieren. Es braucht politischen Willen, Mut und Führung, diesen Weg der sozialen Gerechtigkeit auch zu gehen.

2. Wahl des Bundespräsidenten bzw. der Bundespräsidentin am 30.06.2010

Der Rücktritt von Horst Köhler in der vergangenen Woche hat viele Menschen verwirrt und verunsichert. Horst Köhler ist der erste Bundespräsident, der von seinem Amt zurücktritt. Der Bundespräsident ist verfassungsgemäß das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland, der jedoch hauptsächlich repräsentative Tätigkeiten wahrnimmt, aber auch jedes vom Bundestag verabschiedete Gesetz unterzeichnen muss. Da der Bundespräsident – im Gegensatz zu einer Bundesregierung – keiner Amtierungspflicht unterliegt, übernimmt der Vorsitzende des Bundesrats, der Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD), nach dem Rücktritt von Horst Köhler kommissarisch die Geschäfte. Diese Übergangszeit darf aber laut Artikel 54, Absatz 4 des Grundgesetzes maximal 30 Tage betragen. Der Bundestagspräsident hat die Bundesversammlung für den 30. Juni 2010 einberufen, die dann eine neue Bundespräsidentin bzw. einen neuen Bundespräsidenten wählen wird. Die einzige Aufgabe der Bundesversammlung ist diese Wahl. Sie setzt sich aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Vertreterinnen und Vertreter aus den Bundesländern zusammen, die von den Landtagen gewählt werden. Der NRW-Landtag wählte seine Vertreterinnen und Vertreter am 9. Juni.

SPD und Bündnis 90 / Die Grünen haben als gemeinsamen Kandidaten den Theologen Joachim Gauck nominiert. Gauck war Mitbegründer der DDR-Bürgerrechtsbewegung "Neues Forum", erster Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und ist Vorsitzender der Vereinigung "Gegen Vergessen - Für Demokratie". Der parteiübergreifend geschätzte evangelische Pfarrer wurde 1940 in Rostock geboren. Sein Vater, ein Marineoffizier, wurde 1955 wegen angeblicher Spionage verhaftet und nach Sibirien deportiert. Joachim Gauck bezeichnet dieses Ereignis als Zeitpunkt, an dem er politisiert wurde. 1990 wurde er als demokratisch gewählter Abgeordneter des Neuen Forums in die Volkskammer gewählt. Am 3. Oktober 1990 wurde er als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die Stasi-Unterlagen ernannt.

3. Nationalen Bildungspakt für starke Bildungsinfrastrukturen schaffen

Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht und es kommt jedem Menschen in gleicher Weise zu. Zur Verwirklichung dieses Rechtes muss Bildung als öffentliches Gut gesichert werden. Bund und Länder haben gemeinsam entschieden, Bildung und Forschung oberste Priorität zu geben. Noch auf Initiative der Großen Koalition hat 2008 der erste Bildungsgipfel stattgefunden und das Versprechen gegeben, die Bildungs- und Forschungsausgaben deutlich auszuweiten. Spätestens 2015 sollen mindestens 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung und 3 Prozent für Forschung aufgewendet werden. Auf dem zweiten Bildungsgipfel im Dezember 2009 wurde der zusätzliche Mehrbedarf für Forschung auf rund 17 Mrd. Euro, allein für die Bildung auf mindestens 13 Mrd. Euro beziffert. Der Bund hat angeboten, für die Bildung mindestens 40 Prozent oder 5,2 Mrd. Euro der prognostizierten Lücke zu tragen. Bund und Länder stehen in der Pflicht, die gemachten Zusagen auch und gerade im Kontext der notwendigen Haushaltskonsolidierung einzulösen und den Mittelaufwuchs gemeinsam zu realisieren.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, dass Bund und Länder einen nationalen Bildungspakt zur Stärkung der Bildungsinfrastrukturen auf den Weg bringen. Dieser muss sicher stellen: die gegenseitige Verpflichtung, bei den notwendigen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung die Aufwendungen für Bildung und Forschung nicht zu kürzen, sondern wie vereinbart zu steigern; verbindliche Vereinbarungen für den weiteren Ausbau und einheitliche Qualitätsstandards in der frühkindlichen Bildung, den flächendeckenden Ausbau der Ganztagsschulangebote sowie für eine schrittweise Gebührenfreiheit von Anfang an und für eine gemeinsame Initiative zur Überwindung des verfassungsrechtlichen Kooperationsverbotes im Grundgesetz. Die Bundesregierung wird darüber hinaus aufgefordert, dem Deutschen Bundestag jährlich über die Entwicklung der vereinbarten Maßnahmen des nationalen Bildungspaktes zu berichten.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701957.pdf>

4. Langfristige Perspektive statt dauerhafter Befristung

Inzwischen arbeitet jeder zehnte Arbeitnehmer ohne feste Stelle. Fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag ist befristet. Angesichts dieser Entwicklung fordern wir in unserem Antrag, die sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Sie wurde während der Kohl-Regierung eingeführt und hat nicht zu mehr Beschäftigungsverhältnissen geführt, sondern zu mehr Unsicherheit bei vielen Beschäftigten. Dies betrifft insbesondere diejenigen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen. Der Kündigungsschutz wird auf diese Weise immer mehr ausgehebelt. Junge Menschen, die eine Familie gründen wollen oder für das Alter vorsorgen, brauchen eine langfristige berufliche Sicherheit.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Möglichkeit zur kalendermäßigen Befristung eines Arbeitsvertrages ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von zwei Jahren zu streichen. Gestrichen werden sollen auch die Befristungsmöglichkeiten ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von vier Jahren in den ersten vier Jahren nach der Gründung eines Unternehmens sowie ohne Vorliegen eines sachlichen Grundes bis zur Dauer von fünf Jahren für Arbeitnehmer ab Vollendung des 52. Lebensjahres.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/017/1701769.pdf>

5. Laufzeitverlängerung nicht ohne Bundesrat durchsetzbar

In Deutschland wird seit Ende 2009 zu wenig in die Energiezukunft investiert. Grund dafür ist die drohende Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke, die z. B. Investitionen von Stadtwerken und neuen Wettbewerbern unrentabel machen würden. Dem bisherigen Technologieführer Deutschland droht ein Verlust von Wettbewerbsfähigkeit gegenüber konkurrierenden Volkswirtschaften. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihr Ansinnen zur Verlängerung der Laufzeiten für Atomreaktoren in Deutschland aufzugeben. Weiterhin fordern wir die Maßgaben zu den erforderlichen Strukturentwicklungen für die einzelnen Verbrauchssektoren so zu setzen, damit eine perspektivische Entwicklung der Minderung von CO₂-Emissionen um bis zu 95 % bis 2050 sichergestellt werden kann.

Die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/008/1700832.pdf>

6. Evaluierung der deutschen Beteiligung an ISAF und des deutschen und internationalen Engagements für den Wiederaufbau Afghanistans seit 2001

Das internationale Engagement in Afghanistan befindet sich in einer kritischen Phase. Anfang des Jahres 2010 wurde auf der Londoner Afghanistan-Konferenz ein Strategiewechsel im Sinne einer Übertragung der Verantwortung an das Land und eine deutliche Erweiterung des zivilen wie militärischen Engagements mit dem Ziel beschlossen, den militärischen Einsatz in einigen Jahren zum Abschluss zu führen. Aus diesem Grund ist es erforderlich, sowohl die deutsche Beteiligung als auch das internationale Engagement einer umfassenden Evaluierung zu unterziehen, um vor einer möglichen Verlängerung des deutschen Einsatzes im Februar 2011 evtl. erforderliche Konsequenzen ziehen zu können. Als Ergebnis der Untersuchung soll erkennbar werden, in wie weit der begonnene Neuanfang in Afghanistan Veränderungen in bislang defizitären Bereichen erbracht hat und welche weiteren Anpassungen der Strategie für erforderlich erachtet werden. Aufbauend auf einer solchen Evaluierung fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, künftig quartalsweise fortlaufend über die Zielerreichung zu berichten. Zur Sicherstellung der parlamentarischen Begleitung des Verfahrens soll eine Kommission eingesetzt werden, die die wissenschaftliche Evaluierung begleitet und politische Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701964.pdf>

7. Im Blickpunkt:

Studienpakt für Qualität und gute Lehre jetzt durchsetzen

Wir nehmen die anhaltenden Proteste der Schülerinnen und Schüler und Studierenden als Zeichen für den bestehenden Reformbedarf im deutschen Bildungssystem überaus ernst. Die jungen Menschen demonstrieren und protestieren für bessere Lehr- und Lernbedingungen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung – und damit für die Stärkung ihres Menschenrechts auf Bildung. Das verdient Anerkennung, Respekt und die Unterstützung des Deutschen Bundestages. Unser Antrag „Studienpakt für Qualität und gute Lehre jetzt durchsetzen“ enthält einen umfassenden Forderungskatalog auch mit dem Ziel einer Überarbeitung der Bologna-Reform. Wichtig ist uns vor allem: Die Bachelor- und Master-Studienreform müssen länderübergreifend vergleichbar werden. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Bachelorabsolvent einen Masterstudienplatz erhalten kann.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/001/1700109.pdf>

Europäische Bürgerinitiative bürgerfreundlich gestalten

Durch den Vertrag von Lissabon wurde die Europäische Bürgerinitiative eingeführt. Die Europäische Bürgerinitiative ermöglicht eine direkte Teilnahme an dem politischen Prozess und kann somit die Akzeptanz der EU durch die Bürgerinnen und Bürger steigern. Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Mindestanzahl eine Million beträgt und die aus einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten kommen, können die Europäische Kommission auffordern, in einem Bereich, für den die EU die Kompetenz innehat, initiativ zu werden. Die Europäische Kommission hat am 31. März 2010 einen Vorschlag für eine Ausgestaltung der Bürgerinitiative vorgelegt. Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren könnte in diesem Jahr abgeschlossen werden. Somit könnten ab 2011 die ersten Europäischen Bürgerinitiativen in den politischen Prozess der EU eingebracht werden. Die Bürgerinitiative muss so bürgerfreundlich wie möglich ausgestaltet werden. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, sich im Rat dafür einzusetzen, dass die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterstützungsbekundungen kommen müssen, im weiteren Gesetzgebungsprozess auf ein Viertel begrenzt wird. Derzeit ist vorgesehen, die Mindestanzahl der Mitgliedstaaten, aus denen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner kommen sollen, bei einem Drittel festzusetzen. Dies würde Unterschriften von Bürgerinnen und Bürger aus gegenwärtig neun Mitgliedstaaten erforderlich machen, was eine unverhältnismäßig hohe Hürde für den Erfolg einer Initiative darstellt.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701975.pdf>

Abstimmung über die Fortsetzung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr

In dieser Sitzungswoche im Deutschen Bundestag wurden vier Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängert.

Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der internationalen Sicherheitspräsenz im Kosovo auf der Grundlage der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999 und des Militärisch-Technischen Abkommens zwischen der internationalen Sicherheitspräsenz (**KFOR**) und den Regierungen der Bundesrepublik Jugoslawien (jetzt: Republik Serbien) und der Republik Serbien vom 9. Juni 1999

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (**UNIFIL**) auf Grundlage der Resolutionen 1701 (2006) und 1832 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006 bzw. 27. August 2008

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der Friedensmission der Vereinten Nationen im Sudan (**UNMIS**) auf Grundlage der Resolution 1590 (2005) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 24. März 2005 und Folgeresolutionen

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (**UNAMID**) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und Folgeresolutionen

Die Anträge zu den Mandatsverlängerungen finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/016/1701683.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701905.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701902.pdf>

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701901.pdf>

Stärkung der humanitären Lage in Afghanistan und der partnerschaftlichen Kooperation mit Nichtregierungsorganisationen

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ist in zehn Provinzen Afghanistans mit Schwerpunkt im Norden und in Kabul aktiv. Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit arbeiten mit Schwerpunkten in den Bereichen Energieversorgung, Wasser, Wirtschaftsentwicklung sowie Grund- und Berufsbildung. Grundlegende Gesundheitsleistungen konnten in den vergangenen acht Jahren bereitgestellt und mehr als sechs Millionen Kindern der Besuch einer Grundschule

ermöglicht werden. Die Aufstockung der Mittel und die Neuausrichtung des Mandats eröffnen hier die Chance, Entwicklung nachhaltig weiter zu befördern und die schlechte humanitäre Lage der Menschen dauerhaft zu verbessern. Eine erzwungene Vermischung von humanitärer Hilfe und militärischen Einsatz lehnen wir ab. Dennoch braucht der zivile Aufbau ein sicheres Umfeld. Hier leistet ISAF einen wichtigen Beitrag. Es muss unser Ziel sein, die Lebenssituation der afghanischen Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Dies ist eine Grundvoraussetzung für die Stabilisierung des Landes.

Den Antrag der SPD-Bundestagfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701965.pdf>

Die Fußball-Weltmeisterschaft - eine Chance für Südafrika

Mit der Fußball-Weltmeisterschaft vom 11. Juni bis 11. Juli 2010 in Südafrika wird erstmals eines der großen Wertsportereignisse auf dem afrikanischen Kontinent stattfinden. Die sportliche, wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung dieses Ereignisses sowie die Perspektiven für die Entwicklungszusammenarbeit reichen weit über die Zeit des unmittelbaren sportlichen Wettbewerbs hinaus. In dem Antrag machen wir deutlich, dass es gerade diese Herausforderungen sind, die Deutschland als einen der wichtigsten Partner Südafrikas in Europa veranlassen sollten, es nicht bei dem Blick auf ein herausragendes Sportereignis zu belassen, sondern dieses als Anlass zu nehmen, die Partnerschaft auszubauen und damit einen Beitrag zur Förderung von Demokratie, nachhaltiger Entwicklung und Achtung der Menschenrechte zu leisten.

Den Antrag der SPD-Bundestagfraktion finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/019/1701959.pdf>